

# **Verhinderung und Sanktionierung der Geldwäsche**

**- Möglichkeiten und Grenzen -**

**Autoreferat**

**Vorgelegt an der Universität Szeged  
bei Herrn Prof. Dr. F. Nagy**

**von**

**Raphaela Mogilka**



## **A. Ziel der Arbeit**

Geldwäsche ist keine neue kriminelle Erscheinung. Jeder Täter, der aus einer Straftat einen illegalen Vermögensvorteil zieht, muß daran interessiert sein, ihn als legale Einnahme auszuweisen, um ihn wirtschaftlich nutzen zu können, ohne dabei den Strafverfolgungsbehörden aufzufallen.

In der vorliegenden Arbeit soll die Untersuchung auf das Waschen von Geldern kriminellen Ursprungs beschränkt werden, woraus sich zwangsläufig die Frage nach der Vortat ergibt, aus der das zu waschende Geld stammt.

Ziel der Arbeit ist es, aufzuzeigen, welche Möglichkeiten der Verhinderung und der Sanktionierung der Geldwäsche es im nationalen und internationalen Bereich im Rahmen der Gesetzgebung und der Kriminalpolitik gibt. Es werden dabei auch die Schwierigkeiten und letztendlich die Grenzen aufgezeigt, die eine Verhinderung und Sanktionierung der Geldwäsche im Rahmen einer effektiven Kriminalpolitik mit sich bringen. Abschließend soll ein kurzer Ausblick in die Zukunft der Geldwäschebekämpfung gewagt werden.

Es gibt eine Vielzahl von Taten, die so viel Geld hervorbringen, daß sich das Verschleiern der wahren Herkunft von Vermögenswerten als notwendig erweist und es ratsam erscheint, den Anschein eines anderen als des wahren Ursprungs zu erwecken. Das verschleierte Delikt muß nicht notwendig dem Kernbereich des Strafrechts angehören. Zum Beispiel kann auch Geld unter Umgehung von Währungskontrollgesetzen ins Ausland geschafft werden, und bei Gewinnen, die unter Mißachtung von Wirtschaftssanktionen erzielt worden sind, kann es ebenfalls ratsam sein, die wahre Herkunft zu verbergen. Mitunter wird sauberes Geld gewaschen, weil der Unternehmer verschleiern will, mit welcher Art von Geschäften er Gewinne macht, und andererseits fließt vielfach kein schmutziges, sondern sauberes Geld oder Finanzmittel ungeklärter Herkunft in die Finanzierung von Rauschgiftgeschäften u.ä. ein.

Im Regelfall handelt es sich allerdings um Straftaten im engeren Sinne, die den Tätern Reichtum in einem solchen Ausmaß verschaffen, daß eine Weiterbearbeitung der Einnahmen bzw. Gewinne erforderlich wird.

Die Besonderheit und Problematik der Geldwäsche besteht darin, daß sich die inkriminierten Verhaltensweisen in der Regel nicht von der gewöhnlichen und sozial üblichen Geschäftstätigkeit derjenigen unterscheiden, die die bemakelten Gegenstände entgegennehmen. Kriminell erkennbare Verhaltensweisen sind nur in bestimmten Fällen gegeben; ansonsten ist die Grenze zwischen sozial üblicher rechtmäßiger Geschäftstätigkeit und strafbaren Verhaltensweisen nur schwer zu ziehen.

Geldwäsche beschreibt im allgemeinen das "Einschleusen von aus Organisierter Kriminalität gewonnenem Vermögen in den legalen Finanz- und Wirtschaftskreislauf". In der Regel geht es dabei um das "Säubern" von Gewinnen aus dem Rauschgifthandel. Experten schätzen, daß alleine in Deutschland jährlich 50 bis 80 Milliarden Mark an Drogengeldern gewaschen werden. Durch das "Waschen" soll der Wert erhalten, zugleich aber dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden entzogen werden.

Es liegt auf der Hand, daß das Erfordernis ausgeklügelter Mechanismen zur Geldwäsche um so größer ist, je mehr Gelder gewaschen werden müssen. Geldwäscheaktivitäten größeren Ausmaßes werden unweigerlich mit Organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht. Diese ist weltweit zu einer Bedrohung für Staaten und Gesellschaften geworden. Sie korrumpiert die staatlichen Institutionen, sie bezieht wegen enormer Wettbewerbsvorteile legale Wirtschaftsbereiche in ihre kriminelle Praxis ein und schafft von ihr kontrollierte Monopole. Sie liefert dem Rechtsradikalismus massenwirksame Argumente gegen die angeblich "korrupten und unfähigen Politiker" und fördert Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, weil die Gesellschaft Sündenböcke braucht, wenn sie Zusammenhänge nicht sieht. Raub, Mord, Betrug, Devisenspekulationen, Drogen, Waffen- und Menschenhandel sind einige der Domänen des organisierten Verbrechens. Auch die kriminelle Entsorgung von Giftmüll ist in den letzten Jahren ein wesentlicher Zweig des organisierten Verbrechens geworden. Die Nachfrage nach derartigen Leistungen ist auch in Deutschland vorhanden, und die zu erwartenden Gewinne sind - ähnlich wie beim Drogenhandel - enorm.

Was Organisierte Kriminalität eigentlich ist, läßt sich nicht ganz eindeutig umschreiben. Nach den gemeinsamen Richtlinien der Justizminister/-

senatoren der Länder über die Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft und Polizei bei der Verfolgung der Organisierten Kriminalität von 1990 handelt es sich dabei um "die von Gewinn- und Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln und in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

- a) unter Anwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen,
- b) unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder
- c) unter Einflußnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft zusammenwirken."

Es sind schon zahlreiche Versuche unternommen worden, den Begriff Geldwäsche zu definieren. Die Definition der President's Commission on Organized Crime aus den USA bildet die Grundlage für eine Vielzahl nachfolgender Definitionen. Das Bundeskriminalamt versteht "unter 'Weißwaschen' ... das Umwandeln von illegal erlangten Gewinnen in (scheinbar) rechtmäßige Gewinne ..., wobei mit gezielten Verschleierungsmethoden eine Aufdeckung der Herkunft der Vermögenswerte verhindert oder erschwert werden soll".

Gegenstand der Geldwäsche sind demnach Geld oder andere Vermögenswerte, die im Regelfall direkt oder indirekt aus Straftaten herrühren oder zur Durchführung von Straftaten bestimmt sind. Die Handlungen der Geldwäsche zielen darauf ab, die Spuren der Vermögenswerte zu vernichten, die auf die unrechtmäßige Herkunft oder Bestimmung hinweisen würden und zur Identifizierung und Festnahme der Straftäter oder der Beschlagnahme des Geldes führen würden. Eine umfangreiche Definition befindet sich beispielsweise in der EG-Geldwäscherichtlinie, für die Geldwäsche folgende vorsätzlich begangenen Handlungen sind:

- "- der Umtausch oder Transfer von Vermögensgegenständen in Kenntnis der Tatsache, daß diese Vermögensgegenstände aus einer kriminellen Tätigkeit oder der Teilnahme an einer solchen Tätigkeit stammen, zum Zwecke der Verheimlichung oder Verschleierung des illegalen Ursprungs der Vermögensgegenstände oder der Unterstützung von Personen, die an einer

solchen Tätigkeit beteiligt sind, damit diese den Rechtsfolgen ihrer Tat entgehen;

- das Verheimlichen oder Verschleiern der wahren Natur, Herkunft, Lage, Verfügung oder Bewegung von Vermögensgegenständen oder des tatsächlichen Eigentums an Vermögensgegenständen oder entsprechender Rechte in Kenntnis der Tatsache, daß diese Gegenstände aus einer kriminellen Tätigkeit oder aus der Teilnahme an einer solchen Tätigkeit stammen.
- der Erwerb, der Besitz oder die Verwendung von Vermögensgegenständen, wenn dem Betreffenden bei der Übernahme dieser Vermögensgegenstände bekannt war, daß diese Gegenstände aus einer kriminellen Tätigkeit oder aus der Teilnahme an einer solchen Tätigkeit stammen;
- die Beteiligung an einer der unter den drei vorstehenden Gedankenstrichen aufgeführten Handlungen, Zusammenschlüsse zur Ausführung einer solchen Handlung, Versuche einer solchen Handlung, Beihilfe, Anstiftung oder Beratung zur Ausführung einer solchen Handlung oder Erleichterung ihrer Ausführung.

Ob Kenntnis, Vorsatz oder Motivation, die ein Merkmal der obengenannten Tätigkeiten sein müssen, vorliegen, kann anhand objektiver Tatumstände festgestellt werden.

Der Tatbestand der Geldwäsche liegt auch vor, wenn die Tätigkeiten, die den zu waschenden Vermögensgegenständen zugrunde liegen, im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedsstaates oder eines Drittlandes vorgenommen wurden."

Diese Definition läßt sich jedoch nicht ohne weiteres in die Rechtsordnungen der Mitgliedsstaaten übernehmen, da der Begriff je nach Rechtsordnung unterschiedlich aufzufassen ist. Andererseits führt die Definition, wonach Geldwäsche die Einschleusung illegal erworbener Vermögenswerte in den legalen Finanzkreislauf unter Verheimlichung oder Verschleierung ihres wahren Ursprungs ist, zu weit, da sie weder das subjektive Element bei der Tatbestandsverwirklichung berücksichtigt noch die illegale Herkunft des Geldes näher umschreibt.

Gewaschenes Geld ist nicht nur für legale Investitionen, sondern auch zur Finanzierung weiterer illegaler Aktivitäten unerlässlich. So müssen beispielsweise beim illegalen Drogenhandel Vermögensmassen zum Ankauf

weiterer Ware ins Ausland transferiert werden, was dadurch erschwert wird, das oft nur bestimmte Wertträger als Zahlungsmittel akzeptiert werden. In solchen Fällen ist vor der Reinvestition erst eine Einwechselung in andere Wertträger erforderlich. Aus der Notwendigkeit der Plazierung von Gewinnen in der legalen Wirtschaft ergibt sich aber auch die Gefahr, daß die Organisierte Kriminalität in manchen Bereichen die Kontrolle gewinnt, da sie sich durch Beteiligung oder Kauf von legalen Firmen ein zweites geschäftliches Standbein schaffen will.

Das 1992 in Kraft getretene Geldwäschegesetz etablierte eine für das deutsche Rechtssystem neue Form der Verbrechensbekämpfung, indem vor allem nichtstaatliche Stellen mit Identifizierungs- und Dokumentationspflichten bei bestimmten Finanztransaktionen sowie Anzeigepflichten bei Verdacht auf Geldwäsche und schließlich Organisationspflichten, die z.B. die Benennung eines Geldwäschebeauftragten umfassen, belegt wurden. Auch die Ausgestaltung des § 261 StGB, der die vorsätzliche und leichtfertige Geldwäsche unter Strafe stellt, wirft eine Reihe von Fragen auf, die die Praxistauglichkeit der Vorschrift ebenso betreffen wie die verfassungsrechtliche Problematik einzelner Regelungen.

In der vorliegenden Arbeit soll die Untersuchung auf das Waschen von Geldern kriminellen Ursprungs beschränkt werden, woraus sich zwangsläufig die Frage nach der Vortat ergibt, aus der das zu waschende Geld stammt.

## **B. Inhalt der Arbeit**

In **Teil A** soll zunächst untersucht werden, inwiefern die Organisierte Kriminalität ein internationales Problem darstellt, weshalb das Kapital ein geeigneter Ansatzpunkt für die Bekämpfung ist, welche Probleme es im Bereich der Aufdeckung und Bekämpfung derartiger Straftaten gibt und welches Ziel mit der Bekämpfung verfolgt wird bzw. erreicht werden soll. Anschließend geht es um die Frage, welche Ansätze es auf internationaler Ebene gab und gibt, das Problem in den Griff zu bekommen und inwiefern sich hieraus Handlungsnotwendigkeiten für die einzelnen Staaten ergeben.

Der Geldwäsche - vereinfacht definiert als Einführung von illegal erworbenen Gegenständen in den legalen Finanzkreislauf unter Verschleierung ihrer

wahren Herkunft - gehen alle möglichen Straftaten voraus, und ebenso ermöglicht sie die Begehung neuer Straftaten. Zuzurechnen sind der organisierten Kriminalität im Regelfall Menschen- und Drogenhandel, illegaler Waffenhandel, Ausbeutung von Prostitution, Schutzgelderpressung, Kfz-Verschlebung und Subventionsbetrug. Ein wesentlicher Grund für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens in Deutschland waren neben den Verpflichtungen aus internationalen Vereinbarungen vor allen die sich auch hier verschärfenden Probleme der Drogenkriminalität.

Die Nutzung bzw. der Mißbrauch des Bank- und Finanzsystems gilt als kennzeichnendes Merkmal der Geldwäsche. Banken stellen den ganz überwiegenden Anteil an Ressourcen für den Transport, die Aufbewahrung und die Umwandlung von Geld und organisieren und verwalten nationale und internationale Zahlungsverkehrssysteme. Für Zwecke der Geldwäsche steht die ganze Bandbreite wirtschaftlicher Transaktionen offen, die auch im legalen Wirtschaftsleben Verwendung finden. Banken können unwissentlich in Geldwäschevorgänge verstrickt und als Abwicklungsinstanz mißbraucht werden.

Aufgrund der Formen der Geldwäsche können Gelder krimineller Herkunft relativ ungestört in das Wirtschafts- und Finanzsystem eingeschleust werden und sich verhängnisvoll für Staat und Gesellschaft auswirken. Werden mit diesem Geld Staatsanleihen und -obligationen gekauft, kann der Staat in eine gefährliche wirtschaftliche Abhängigkeit vom organisierten Verbrechen geraten und dadurch erpreßbar werden.

Der Umstand, daß nur die Einführung illegal erworbener Vermögenswerte in den legalen Finanzkreislauf Geldwäsche ist, macht es erforderlich, an die Vortat anzuknüpfen.

Das in Deutschland bestehende Finanzsystem ist durch ein hohes Maß an Liberalismus und das Fehlen staatlicher Kontrolle bei der Abwicklung einzelner Geschäftsvorgänge gekennzeichnet. Kann die Bekämpfung nicht innerhalb der organisierten Kriminalität ansetzen, dann ist es erforderlich, an der Schnittstelle zwischen organisiertem Verbrechen und legaler Wirtschaft Feststellungen zu treffen, die Rückschlüsse auf die kriminellen Aktivitäten

zulassen. Das grundsätzliche Problem ist hier jedoch die Frage, wie man Personen oder Firmen außerhalb der organisierten Kriminalität dazu verpflichten kann, bestimmte Feststellungen zu treffen und diese in geeigneter Form den Strafverfolgungsbehörden zugänglich zu machen. In Europa hat sich eine Lösung durchgesetzt, die die Anzeige bei Verdacht der Geldwäsche über eine Rechtspflicht erzwingen will.

Da Geldwäsche ein internationales Geschäft ist, war und ist es erforderlich, nach Lösungen auf internationaler Ebene zu suchen, denn würde der Umtausch illegalen Geldes nur in einem oder einigen Ländern erschwert, könnte es im Nachbarland eingezahlt und zurück überwiesen werden.

Mit dem Inkrafttreten des Europol-Übereinkommens ist es für die Europol möglich, zentral personenbezogene Daten zu speichern. Zudem können die Verbindungsbeamten der Mitgliedsstaaten auf der Grundlage des jeweiligen nationalen Rechts Informationen austauschen.

Darüber hinaus haben internationale Initiativen für die Länder eine Basis geschaffen, aus der sich Vorgaben für die nationalen Gesetzgeber ergaben. Aus den internationalen Konventionen und Vereinbarungen ergeben sich, auch wenn sie die konkret zu treffenden Maßnahmen und Sanktionen nicht völkerrechtlich verbindlich vorgeben können, Auslegungsgrundsätze für die aufgrund dieser Vereinbarungen entstandenen nationalen Gesetze.

In **Teil B** wird dargelegt, wie die internationalen Empfehlungen und Vorgaben in Deutschland umgesetzt worden sind und inwieweit die deutsche Regelung darüber hinaus geht bzw. dahinter zurückbleibt. Es wird zunächst untersucht, welche Möglichkeiten es bereits vor der Einführung des Geldwäschegesetzes und des Straftatbestands des § 261 StGB, gab, wie das ge- und verbotene Verhalten gemäß Geldwäschegesetz und Straftatbestand aussieht und schließlich gefragt, inwieweit die vorhandene Regelung geeignet ist, das vorgegebene bzw. wünschenswerte Ziel zu erreichen.



Da das bestehende Recht nicht ausgereicht hatte, um die Geldwäsche effektiv zu bekämpfen, wurde in der Bundesrepublik spätestens seit Ende der achtziger Jahre verstärkt darüber nachgedacht, wie Geldwäsche effektiv bekämpft werden könnte. Nach ersten Gesetzentwürfen im Frühjahr 1989 wurde die Geldwäschevorschrift des § 261 ins Strafgesetzbuch eingefügt, und das Geldwäschegesetz trat am 29.11.1993 in Kraft. Das Verbrechensbekämpfungsgesetz des Jahres 1994 brachte unter anderem eine Ausdehnung des Vortatenkatalogs, während das Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität von 1998 nicht nur eine erhebliche weitere Erweiterung des Vortatenkatalogs des § 261 StGB mit sich brachte und das Merkmal „Vortat eines anderen“ entfallen ließ, sondern als Artikelgesetz neben Änderungen des StGB auch solche der StPO, des GwG und des Finanzverwaltungsgesetzes einführte.

Kernpunkte des Gesetzes sind die Regelungen zum Lauschangriff sowie die nunmehr zulässige Verwertung von Anzeigedaten nach § 11 GwG zu steuerlichen Zwecken. Um eine möglichst umfassende Kontrolle zu ermöglichen, müssen die vom GwG erfaßten Unternehmen dafür Sorge tragen, daß die Pflichten auch von ihren Zweigstellen und abhängigen Unternehmen im Ausland erfüllt werden.

§ 261 StGB stellt die vorsätzliche und leichtfertige Geldwäsche von aus bestimmten Vortaten stammenden Vermögenswerten unter Strafe und sieht bei bestimmten Sachverhalten Strafmilderung oder Straffreiheit vor. Nur die Einführung illegal erworbener Vermögenswerte in den legalen Finanzkreislauf ist Geldwäsche, und der Gesetzgeber hat den Vortaten-Katalog am Anfang auf den Bereich schwerwiegender Kriminalität beschränkt. Erträge, die aus Verstößen gegen ausländische strafbewehrte Steuervorschriften oder Devisentransferbestimmungen stammen, können daher nicht Gegenstand einer Geldwäsche im Sinne des § 261 StGB sein.

Tathandlung im Sinne des Verschleierungstatbestandes des Absatzes 1 ist das Verbergen, das Verschleiern der Herkunft sowie die Vereitelung oder Gefährdung der Ermittlung der Herkunft, des Auffindens, des Verfalls, der Einziehung oder der Sicherstellung eines solchen Gegenstandes.

In allen Fällen des Absatzes 2 muß der Täter die illegale Herkunft des Gegenstandes zu dem Zeitpunkt kennen oder billigend in Kauf nehmen, zu dem er den Gegenstand erhält.

Die Frage, ob der Geldwäschetatbestand auch durch Unterlassen verwirklicht werden kann, stellt sich vor allem im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Anzeigepflicht nach § 11 GwG. Der Täter muß zum einen von der Herkunft des Geldes aus einer der Katalogtaten wissen oder diese zumindest billigend in Kauf nehmen, und er muß hinsichtlich der Geldwäschebehandlung mit Vorsatz handeln. Allein Verstöße gegen Verpflichtungen aus dem Geldwäschegesetz indizieren aber nicht den Vorsatz für eine strafbare Handlung im Sinne des § 261 StGB, so daß Institutsangestellte, die sich nicht bewußt an Geldwäscheaktionen beteiligen, nicht wegen vorsätzlicher Geldwäsche bestraft werden können. Die Leichtfertigungsregelung des § 261 Abs. 5 StGB soll in erster Linie dazu dienen, Beweisschwierigkeiten zu vermeiden und die Bestrafung des Täters sicherzustellen, der vorsätzlich handelt, dem der Vorsatz aber nicht nachweisbar ist. Fahrlässige Geldwäsche, deren Bestrafung teilweise auch gefordert wurde, erfüllt die Anforderungen daher nicht mehr. Voraussetzung und Zumessungsgrundlage für die Strafe ist stets die Schuld des Täters. Neben der Freiheits- bzw. Geldstrafe kommt im Falle der Geldwäsche als Sanktion auch die Vermögensstrafe und der erweiterte Verfall in Betracht. Gemeinsames Ziel der Regelungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der mit der Verabschiedung des OrgKG zur Verfügung stehenden neuen Maßnahmen zur Gewinnabschöpfung war und ist es, die finanzielle Basis des organisierten Verbrechens zu schwächen. Vermögensstrafe und dem erweiterten Verfall in erster Linie darum, durch die Abschöpfung der illegalen Gewinne dem organisierten Verbrechen die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen.

Mit der Änderung des Geldwäschegesetzes wurde 1998 der Schwellenbetrag für identifizierungspflichtige Transaktionen gemäß § 12 GwG auf 30.000 DM angehoben. Zusammen mit der Aufnahme weitere Straftatbestände in den Vortatenkatalog des § 261 StGB wurde damit der Trend fortgesetzt, die hauptsächlich aus Anzeigen der Kreditinstitute gewonnenen Erkenntnisse auch für die Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität einzusetzen. Nach § 6 GwG besteht die Identifizierungspflicht auch unabhängig vom Erreichen des

Schwellenbetrages, wenn ein Institut Tatsachen feststellt, die darauf schließen lassen, daß eine vereinbarte Finanztransaktion einer Geldwäsche nach § 261 StGB dient oder im Falle ihrer Durchführung dienen würde. Eine Abweichung von den auslösenden Voraussetzungen nach § 12 GwG ist lediglich, daß die Verdachtsidentifikationspflicht nur im Zusammenhang mit einer „vereinbarten“ Transaktion ausgelöst wird.

Die Anzeigepflicht wird nach § 11 GwG ausgelöst bei der „Feststellung von Tatsachen die darauf schließen lassen, daß eine Finanztransaktion einer Geldwäsche nach § 261 StGB dient oder im Falle ihrer Durchführung dienen würde“. Grundlegend gilt, daß der Verdacht seine Grundlage in der „Feststellung von Tatsachen“ haben muß. Hätte der Gesetzgeber die Anzeigepflicht vom subjektiven Erkennen lösen wollen, hätte er anders formulieren müssen. Die festgestellten Tatsachen müssen darauf „schließen lassen“, daß eine Transaktion einer Geldwäsche nach § 261 StGB dient oder bei ihrer Durchführung dienen würde.

Ergänzt wird die Anzeigepflicht durch die gesetzliche Anordnung in § 11 Abs. 1 Satz 2 GwG, wonach eine verdächtige Transaktion erst dann ausgeführt werden darf, wenn dem Institut die Zustimmung der Staatsanwaltschaft übermittelt ist oder wenn der zweite Werktag nach dem Abgangstag der Anzeige verstrichen ist, ohne daß die Durchführung der Transaktion strafprozessual untersagt worden ist. Das Mitteilungsverbot betrifft sowohl ausdrückliche als auch stillschweigende Hinweise auf die Anzeige.

Probleme bzw. grundsätzliche Bedenken ergeben sich vor allen im Zusammenhang mit der Schwierigkeit, die erforderliche Kausalität zwischen Geldwäschehandlung und Vortat festzustellen, außerdem im Hinblick auf die Weite und Unbestimmtheit des Tatbestandes.

Das Herkunftsprinzip bringt erhebliche Beweisschwierigkeiten mit sich. Da es sich im Bereich der Geldwäsche häufig um Straftaten handelt, die im Ausland begangen worden sind, ist der Beweis der Vortat sowie der Beweis der Herkunft der Vermögenswerte aus dem Delikt nur schwer zu führen. Allerdings kann nach Abs. 7 des § 261 StGB in bestimmten Fällen der erweiterte Verfall angeordnet werden, der besagt, daß das Gericht

Vermögenswerte auch dann einziehen kann, wenn der illegale Ursprung lediglich vermutet wird.

Darüber hinaus wird kritisiert, daß ausgerechnet die am weitesten verbreitete Form der Geldwäsche, die Steuerhinterziehung, als Vergehen keine Vortat einer Geldwäsche ist.

Ein weiteres Problem ergibt sich daraus, daß der objektive Tatbestand des § 261 StGB weitgehend bisher sozialadäquate Handlungen umfaßt, denen rein äußerlich betrachtet kein besonderer Unwert anhaftet, und die Gefahr birgt, daß durch den Tatbestand der leichtfertigen Geldwäsche weite Bevölkerungskreise kriminalisiert werden können.

Im nächsten **Teil C** wird geprüft, wie die Einhaltung der Ge- und Verbote gewährleistet werden soll. Untersucht werden hier die Aspekte der Strafverfolgung, also die Frage, welche ermittlungstechnischen und strafprozessualen Mittel geeignet sind, die die Ge- und Verbote durchzusetzen und wer für die Durchsetzung zuständig ist. Anschließend werden die Regelungen einer kritischen Würdigung unterzogen.

Bei der Ermittlung von Verstößen gegen § 261 StGB findet grundsätzlich die StPO Anwendung. Staatsanwaltschaft und Polizei sowie innerhalb eines jeweils begrenzten Wirkungskreises einige andere Behörden wie die Steuerfahndungsstellen der Finanzämter müssen nach dem Legalitätsprinzip ein Ermittlungsverfahren einleiten, sobald sie durch eine Strafanzeige oder von Amts wegen Kenntnis von Tatsachen erhalten, aus denen sich der Verdacht einer Straftat ergibt. Das Ermittlungsverfahren hat die Aufgabe, den entsprechenden Sachverhalt aufzuklären und sowohl die belastenden als auch die entlastenden Umstände festzuhalten. Herr des Verfahrens ist immer die Staatsanwaltschaft, die die Ermittlungen von der Kriminalpolizei durchführen läßt.

Welche Ermittlungsmethoden angewandt werden dürfen, regelt in erster Linie die Strafprozeßordnung.



Das heißt, erst wenn die Staatsanwaltschaft aus ihrer Sicht zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat feststellt, ist ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. (§ 152 Abs. 2 StPO).

In der Praxis wird nun von den Strafverfolgungsbehörden höchst unterschiedlich auf die eingehenden Verdachtsanzeigen reagiert. Während teilweise grundsätzlich ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird, sind andere Staatsanwaltschaften zurückhaltender, weil sie den "doppelten Anfangsverdacht" verlangen. Nur dann, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Geldwäschehandlung und auch für eine der spezifischen Katalogtaten des § 261 StGB vorliegen, wird ein Verfahren eingeleitet.

Bei Eingang einer Verdachtsanzeige erfolgt bei der Polizei als erster Arbeitsschritt ein Datenabgleich mit polizeiinternen Informationssystemen beim BKA und den Landeskriminalämtern, und zwar vorrangig als personenbezogene Anfrage, ob gegen die in die Finanztransaktion verwickelten Personen/Firmen einschlägige Erkenntnisse vorliegen. Wegen vermuteter und häufiger internationaler Verbindungen wird an zweiter Stelle regelmäßig eine Anfrage bei ausländischen Stellen - insbesondere Interpol - erfolgen. Je nach Informationsrücklauf wird dann darüber entschieden, ob ein Ermittlungsverfahren einzuleiten ist, in dessen Rahmen weitere herkömmliche Ermittlungsmethoden vorgenommen werden können, insbesondere Observation und Durchsuchung. Bei Durchsuchungen können dann zudem Spezialisten zur Auswertung von Buchungsunterlagen, Bilanzen und Kontobelegen eingesetzt werden, um zu prüfen, ob wirtschaftliche Transaktionen einen realen Geschäftshintergrund haben.

Bei der Verfolgung von Geldwäschehandlungen wird von den Strafverfolgungsbehörden überwiegend die Auffassung vertreten, daß bei einem Zielkonflikt zwischen der Feststellung von Spuren und der Sicherstellung von Geldern grundsätzlich die Feststellung der Spuren - also z.B. Namen - den Vorrang hat. Beim LKA Nordrhein-Westfalen, das bisher am erfolgreichsten bei der Verwertung von Anzeigen der Kreditinstitute war, und den LKA Hessen und Niedersachsen wird dieser Auffassung in der Form Rechnung getragen, daß angezeigte Finanztransaktionen in der Regel vor Ablauf der Zweitagesfrist mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft freigegeben

werden. Nach Angaben des LKA Nordrhein-Westfalen hat die Zweitagesfrist ohnehin keine große Bedeutung für polizeiliche Arbeitsergebnisse.

Auch die Financial Action Task Force (FATF) legt inzwischen in den Auslegungsbestimmungen zur Empfehlung den Mitgliedstaaten nahe, auf eine Beschlagnahme von Geld zu verzichten, um unter anderem Beweismittel zu sammeln.

Den angesprochenen Zielkonflikt kann es z.B. geben, wenn ein neuer Kunde auf die Bank zugeht und aus Sicht der Bank eine verdächtige Transaktion durchführen will. Würde der Geldwäscher bemerken, daß die Bank einen Verdacht hegt, nähme er entweder sofort Abstand von dem Geschäft, oder er würde es nur ein einziges Mal als Eilgeschäft tätigen. Bei beiden Alternativen wäre ein Zugriff auf die Gelder voraussichtlich nicht möglich. Bei der ersten kommt die Bank gar nicht erst in den Besitz des Vermögensgegenstandes, bei der zweiten Alternative wäre die Transaktion sofort auszuführen oder abzulehnen.

Für die Organisierte Kriminalität ist die Geldwäsche unter anderem wegen der Einbeziehung außenstehender Personen mit erheblichen Risiken verbunden. Hat sich die Durchführung einer Finanztransaktion als vermeintlich gefahrlos erwiesen, wird dieser Weg mehrfach begangen, um nicht bei der Suche nach neuen Wegen neue Risiken einzugehen. Wenn die Gelder bei der ersten Transaktion auch nicht sichergestellt werden können, wäre doch ein Einblick in Strukturen sowie bei Folgegeschäften der Zugriff auf Täter und Vermögensgegenstände möglich.

Diese Erwartung deckt sich mit der Erfahrung und Vorgehensweise der amerikanischen Drogenfahnder. Durch Beschlagnahme von Kontounterlagen, die Aufschlüsse über Abhebungen und Begünstigte von Überweisungen ergaben, erhoffte man sich z.B. bei Ermittlungen gegen das kolumbianische Drogenkartell, Geldwäschetransaktionen auf die Spur zu kommen. Vor dem Zugriff waren nach Schätzungen der Polizei zwischen 1987 und 1989 bereits ca. 400 Mio. US-\$ unter Einschaltung von 22 Banken gewaschen worden. Durch Beschlagnahme konnten nur noch 15 Mio. US-\$ in New York und 20 Mio. US-\$ in Miami sichergestellt werden. Den beschlagnahmten

Kontounterlagen wurde dabei die wesentlich größere Bedeutung beigemessen. Diese Erfahrungen haben sich inzwischen auch in Deutschland eingestellt.

Im Juli 1998 stimmten die Ministerpräsidenten der Länder - wie die schleswig-holsteinische Ministerpräsidenten Heide Simonis nach einer Konferenz der Regierungschefs in Bonn mitteilte - der Einrichtung einer zentralen Geldwäschedatei "im wesentlichen" zu.

Im **Teil D** wird die Geldwäschebekämpfung im Ausland untersucht und am Beispiel der Schweiz, Luxemburgs, Österreichs und insbesondere Ungarns dargestellt, wie die Geldwäschebekämpfung in anderen Ländern organisiert wurde und inwieweit es Gemeinsamkeiten mit bzw. Unterschiede zur deutschen Regelung gibt.

Die Schweiz ist ein wichtiges internationales Finanzzentrum, dessen Banken im Verhältnis der Größe des Landes weit überdurchschnittlich am Weltfinanzmarkt partizipieren. Sie ist ein Zentrum der Vermögensverwaltung, und damit verdienen die Banken gut. Von den verwalteten Auslandsvermögen von 3200 bis 4000 Milliarden Dollar sind schätzungsweise 40 % in der Schweiz angelegt. Ein Grund dafür ist das Bankgeheimnis, das ausländischen Steuerfahndern den Blick auf Bankkonten und Depots verwehrt.

Als traditionelles – bereits im zweiten Weltkrieg sind in der Schweiz in größerem Umfang Fluchtgelder zugeflossen - wird die Schweiz schon wesentlich länger als die Bundesrepublik Deutschland mit dem Vorwurf konfrontiert, illegal erwirtschaftete Vermögenswerte zu leichten Unterschlupf zu bieten. Neben der Bedeutung als Finanzmarkt hat auch das strafrechtlich geschützte Bankgeheimnis dazu beigetragen, das Land zu einer internationalen Drehscheibe für Geldwäsche werden zu lassen. Bei den aufgedeckten Geldwäschefällen war von 1996 auf 1997 eine drastische Steigerung um 200 % zu beobachten.

Auf amerikanischen Druck hin wurden seit Ende der achtziger Jahre enorme Anstrengungen unternommen, um den Ruf als Geldwäschehochburg entgegenzuwirken. Lokal konzentrieren sich die internationalen Geldwäscheaktivitäten in der Schweiz auf die großen Finanzplätze Zürich,

Genf und Tessin. Allein im Kanton Zürich hatten die Strafverfolgungsbehörden aufgrund Geldwäscheverdachts Anfang der neunziger Jahre Bankguthaben in Höhe von etwa 500 Mio. Schweizer Franken blockiert.

Am 23.03.1990 wurde das Strafgesetzbuch um zwei Strafbestimmungen erweitert, die die Geldwäsche und die Mißachtung von beruflichen Sorgfaltspflichten bei der Vornahme von Finanztransaktionen unter Strafe stellten. Die strafrechtlichen Bestimmungen, die zum 01.08.1994 verschärft wurden, begründeten unter anderem das Melderecht des Financiers bei einem Geldwäscheverdacht. Am 10.10.1997 verabschiedete das schweizerische Parlament mit dem Bundesgesetz zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor (GwG) ein Gesetz, das sich im wesentlichen an die EG-Geldwäscherichtlinie anlehnt. Durch Ergänzung der strafrechtlichen Bestimmungen schafft das Gesetz, das zum 01.04.1998 in Kraft trat, unter anderem eine Meldepflicht sowie eine Verpflichtung aller Finanzintermediäre zur Einhaltung eines Mindeststandards an Sorgfaltspflichten. Das Gesetz ist zum 01.04.1998 in Kraft getreten.

In der Schweizer Finanzindustrie artikuliert sich Unbehagen über das neue Gesetz. Das Bankgeheimnis werde durch die verschärften Geldwäschevorschriften mehr und mehr ausgehöhlt, lautet die Kritik, die vornehmlich auf den von kleinen verschwiegenen Privatbanken geprägten Finanzplatz Genf zu hören ist. Die Zürcher Großbanken scheinen dagegen weniger Mühe mit den Regeln zu haben. Für andere Kritiker hat das Gesetz viele Schwachstellen.

Das neue Geldwäschereigesetz bildet einen Bestandteil des Gewerberechts für Finanzintermediäre. Dazu zählen nach Art. 2 GwG zum einen Bankeneffekthändler sowie bestimmte Anlagefonds und Versicherungen, die ohnehin einer behördlichen Aufsicht unterstehen. Zum anderen gehören dazu Para-Banken; also Unternehmen, die bestimmte banktypische oder bankähnliche Dienste erbringen, wie z.B. Wechselstuben. Geldhändler, Vermögensverwalter, Anlageberater und die PTT (Post, Telefon und Telekommunikation). Über Begriff Vermögensverwalter werden auch Rechtsanwälte und Notare erfaßt, sofern sie als Verwalter von Vermögen tätig sind.



Hinsichtlich der Sorgfaltspflichten werden in Art. 3 bis 11 GwG lediglich Grundsätze vorgegeben, deren Umsetzung der branchenbezogenen Selbstregulierung unterworfen sind. Die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken erfüllt diese Grundsätze. Die Aufsicht über die Einhaltung der Mindeststandards obliegt bei Banken, Fondsleitungen, Versicherungen und Effekthändlern der spezialgesetzlichen Aufsichtsbehörde, wie z.B. der eidgenössischen Bankenkommission. Diese hat die Sorgfaltspflichten zu konkretisieren, soweit dies nicht bereits durch eine Selbstregulierungsorganisation geschehen ist, wie im Fall der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (Bankiervereinigung), Art. 16 GwG.

Die nach den Umständen gebotene berufliche Sorgfalt wird zum einen durch branchenbezogene Selbstregulierung, zum anderen durch Richtlinien der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) konkretisiert. Bei der Selbstregulierungsmaßnahme handelt es sich um die freiwillig von allen Banken abgeschlossene Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB) bei der Entgegennahme von Geldern und über die Handhabung des Bankgeheimnisses vom 01.10.1987. Diese Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken gilt seit dem 01.10.1992.

Bis zum 01.04.1998 - also dem Inkrafttreten des Geldwäschegesetzes - verkörperte sie zusammen mit den Richtlinien der eidgenössischen Bankenkommission das Gewerberecht zur Geldwäschebekämpfung. Am 28.01.1998 wurde die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken nahezu zeitgleich mit Inkrafttreten des Geldwäschegesetzes aktualisiert. Die neue Fassung wurde zum 01.07.1998 wirksam.

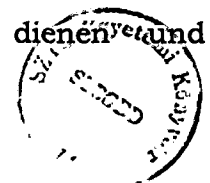
Alle schweizerischen Banken haben sich durch Unterzeichnung der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken gegenüber der Bankiervereinigung freiwillig unter anderem dazu verpflichtet, ihre Vertragspartner zu identifizieren, in Zweifelsfällen eine Erklärung des Vertragspartners über den an den deponierten Werten wirtschaftlich

Berechtigten einzuholen und keine aktive Beihilfe zur Kapitalflucht, zur Steuerhinterziehung oder dergleichen zu leisten.

Nicht ganz eindeutig ist der Rechtscharakter der Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken. Nach zutreffender Auffassung handelt es sich schlicht um einen privatrechtlichen Vertrag. Dafür spricht die privatrechtliche Form der Anerkennung durch die Unterzeichnung, die Freiwilligkeit des Beitritts und das Kündigungsrecht jeder einzelnen Bank aus Art. 14 Abs. 2 BSV. Daran dürfte sich auch nach Einführung des Geldwäschegesetzes und der Verpflichtung zu Selbstregulierungsmaßnahmen nichts geändert haben. Die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken lehnt sich an die entsprechenden Bestimmungen der Europäischen Union an. Die Regelungen als solche werden streng überwacht. Zuständig dafür ist eine eigens zu diesem Zweck geschaffene Aufsichtskommission. Nach Art. 12 VSB ist diese für die Aufklärung und Ahndung von Verstößen zuständig. Sie erstellt regelmäßig Tätigkeitsberichte, aus denen unter anderem Klarstellungen zu Zweifelsfragen und Angaben zu Sanktionen hervorgehen.

Darüber hinaus sind die schweizerischen Banken und andere Finanzintermediäre per Aufsichtsrecht durch die Richtlinien der Eidgenössischen Bankenkommission zur Bekämpfung und Verhinderung der Geldwäscherei in die Pflicht genommen. Die erste Fassung stammt vom 18.12.1991. Sie wurden zum 01.05.1992 wirksam. Mit Inkrafttreten des Geldwäschegesetzes wurden diese überarbeitet. Seit dem 01.07.1998 gelten die Richtlinien vom 26.03.1998 nicht für Banken, sondern auch für Finanzintermediäre.

Die Richtlinien sollen die für die Unternehmen geltenden Anforderungen aus dem Geldwäschegesetz präzisieren, die Begriffe „einwandfreie Geschäftstätigkeit“ angemessene Verwaltungsorganisation“ und den „ guten Ruf der geschäftsführenden Personen“ i.S. d. Art. 3 Abs. 2 Buchst. a) und c) des Bankengesetzes mit Blick auf die Bekämpfung der Geldwäsche festlegen, der Auslegung der schweizerischen Strafbestimmungen dienen und internationalen Empfehlungen Rechnung tragen.



Bei anderen Finanzintermediären ist dafür gemäß Art. 24 bis 28 GwG eine Selbstregulierungsorganisation oder gemäß Art. 13 GwG die Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei (eidgenössische Finanzverwaltung) zuständig. Die Kontrollstelle überwacht die Selbstregulierungsorganisation. Sie kann ihr nach Art. 18 Abs. 2 GwG die Anerkennung versagen oder eine erteilte Anerkennung wieder entziehen. Art. 18 Abs. 2 GwG gibt der Kontrollstelle das Recht, Prüfungen bei einzelnen Institutionen vorzunehmen. Zudem hat die Stelle aus Art. 21 GwG eine eigene Verdachtsanzeigepflicht.

Die Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken genügen dabei teilweise nicht den strengeren Anforderungen des Geldwäschegesetzes. Der Gesetzgeber duldet diese Abweichungen und trägt damit zur Aufweichung der strengen Regelungen des Gesetzes bei.

Nach den Richtlinien der eidgenössischen Bankenkommission sind alle Angestellten mit Kundenkontakt über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche zu schulen. Es ist auch eine „Geldwäscherei-Fachstelle“ einzurichten. Diese Funktion kann auch auf Externe übertragen werden, z.B. die Muttergesellschaft oder die Fachstelle eines Verbandes.

Die luxemburgischen Banken sind seit Ende 1989 gezwungen, sich an der Bekämpfung der Geldwäsche zu beteiligen. Mit Rundschreiben vom 15.11.1989 dokumentierte das „Institut Monétaire Luxembourgeois“ damals Sorgfaltspflichten, deren Mißachtung zur Bestrafung wegen fahrlässiger Geldwäsche führen kann.

Regelungen zur Geldwäsche finden sich in Luxemburg in Art. 1 - 8 des Gesetzes vom 07.07.1989, im Gesetz vom 11.08.1998, das eine Reihe von Straftatbeständen formuliert, und in Art. 38 bis 40 BankG. Anders als in der Bundesrepublik Deutschland wurde zur Umsetzung der EG-Geldwäscherichtlinie kein eigenes Gesetz geschaffen, sondern die Bestimmungen zur Bekämpfung der Geldwäsche in das Bankenaufsichtsrecht integriert. Es hält sich an den Richtlinien text wesentlich enger als das Geldwäschegesetz und geht nicht über dessen Anforderungen hinaus. Das Rundschreiben vom November 1989 wurde von einem Rundschreiben des

„Institut Monétaire Luxembourgeois“ vom 25.11.1994 abgelöst, das die gesetzlichen Pflichten präzisiert.

Adressat der aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche sind nach Art. 38 Abs. 1 BankG Banken und andere Gewerbetreibende auf dem Gebiet des Finanzwesens. Dazu zählen z.B. Kreditinstitute, Finanzinstitute, Vermögensverwalter und Geldwechsler. Die Bestimmungen gelten auch für Niederlassungen und Zweigstellen im Ausland sowie Tochtergesellschaften, wenn daran eine qualifizierte Beteiligung besteht. Geldwäsche ist in diesem Zusammenhang jede Handlung, die der Verheimlichung, der Verschleierung, dem Erwerb, dem Besitz, dem Gebrauch, der Anlage, der Verwahrung oder dem Transfer von Erlösen aus dem Verbrechen oder Vergehen dient, die das Gesetz als taugliche Vortat einer Geldwäsche ansieht. Dies waren bis zum 10.09.1998 nur bestimmte Verstöße gegen das Gesetz vom 19.02.1973 über den Verkauf von Medikamenten und den Kampf gegen die Drogensucht; 1998 wurde der Vortatenkatalog erheblich erweitert, so daß nun alle Straftaten dazu gehören, die mit Freiheitsstrafe bedroht sind, außerdem Straftaten krimineller Vereinigungen, Korruptionsstraftaten und Verstöße gegen das Waffengesetz, allerdings keine Steuerstraftaten.

In Österreich wurden aufgrund des Beitritts in die Europäische Union (EU) am 01.01.1995 zahlreiche Gesetze an das EU-Recht angepaßt. In diesem Rahmen wurde auch die EG-Geldwäscherichtlinie in österreichisches Recht umgesetzt.

In Österreich wurde der gleiche Weg wie in Luxemburg eingeschlagen. Die Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche sind mit der Verabschiedung des Finanzmarktanpassungsgesetzes durch den Nationalrat am 07.07.1993 im Bankenaufsichtsrecht, dem Bankwesengesetz, verankert worden. Die Bestimmungen sind zum 01.01.1994 in Kraft getreten. Sie konkretisieren in § 39 BWG die Pflicht des Bankers, demzufolge die Geschäfte einer Bank mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters i.S. d. § 84 Abs. 1 AktG zu führen sind. Ergänzt werden die aufsichtsrechtlichen Maßnahmen durch den Straftatbestand der Geldwäsche, der 1993 in Kraft getreten ist. Zuvor hatten sich die Banken freiwillig einer Erklärung zur besonderen Sorgfalt unterworfen, die durch eine erweiterte

Sorgfaltspflichterklärung abgelöst wurde, die am 13.01.1992 in Kraft trat. Diese Maßnahmen erfüllten jedoch nicht die EU-Norm. Schwachpunkt war die lückenhafte Identifizierungspflicht. Außerdem war umstritten, ob es sich bei diesen Regeln um rechtlich verbindliche Bestimmungen handelt. Eine generelle Aufhebung der Anonymität von Spareinlagen und Wertpapierdepots war zunächst nicht im Bankwesengesetz vorgesehen. Eine generell geltende Legitimationsprüfung, die dieses Problem hätte lösen können, wurde zwar diskutiert, leider aber wieder verworfen. Es wundert daher nicht, daß diese Praxis als Möglichkeit zur Geldwäsche von der „Financial Action Task Force“ (FATF) kritisiert wurde.

Österreich ist nach der Einschätzung der eigenen Strafverfolgungsbehörden ein Zentrum der Geldwäsche. Wegen der mangelhaften Umsetzung der EG-Geldwäscherichtlinie ist Anfang Februar 1996 eine Schriftliche Aufforderung der EU-Kommission ergangen, anonyme Sparkonten und Depots abzuschaffen. Betroffen sind etwa 26 Mio. anonyme Sparkonten, die auf 8 Mio. „Inländer“ zu verteilen wären. Am 27.06.1996 hatte die EU-Kommission beschlossen, einen weiteren Warnbrief mit der Aufforderung an Österreich zu adressieren, diesen Mißstand zu beseitigen. Im Oktober 1997 hat die EU-Kommission schließlich Klage vor dem Europäischen Gerichtshof eingereicht.

Bezüglich der anonymen Depots für Inländer hat Österreich inzwischen „eingelenkt“. Diese wurden mit Änderung des Bankwesengesetzes zum 01.08.1996 abgeschafft. Schließlich kritisiert die „Financial Action Task Force“ die laxe Handhabung der Geldwäschebestimmungen durch die Lebensversicherer und Spielbanken. So gelte für Spielbanken keine Verdachtsanzeigepflicht, und Gewinne würden anders als in anderen Ländern häufig in bar ausgezahlt.

Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Wende im Jahre 1989 in Ungarn, die verschiedene bedeutende Änderungen in Gang gebracht hat, ist die Situation hier anders als in den anderen bisher erwähnten westeuropäischen Ländern. Es ist eine historische Tatsache, daß das Staatssystem in Ungarn am 23. 10.1989 aus einer Volksrepublik zur bürgerlichen demokratischen Republik geworden ist. § 9 der ungarischen

Verfassung wurde 1989 modifiziert. Dort heißt es jetzt. „ Die Wirtschaft der ungarischen Republik ist die Marktwirtschaft“.

Jedoch können die vergangenen 40 Jahre nicht außer acht gelassen werden, während derer in Ungarn sozialistische Planwirtschaft herrschte. So müssen ihre wirtschaftlichen und rechtlichen Institutionen und Bräuche abgebaut werden, um durch die Veränderung des Eigentums und der Eigentumsstruktur eine moderne Marktwirtschaft zu verwirklichen.

Es ist offenbar, daß das von einem Tag auf den anderen, mit politischer Entscheidung oder Gesetzgebung nicht erreicht werden kann. Die Gesetzgebung der vergangenen Jahre hat die wesentlichen Rechtsinstitutionen ins Leben gerufen und den rechtlichen Rahmen der entstehenden Marktwirtschaft vorgezeichnet, aber die Wirtschaft ist ein eigenartiges System, das von den Rechtsnormen indirekt beeinflusst wird.

Durch die Veränderungen hat die Kriminalität in Ungarn in den letzten Jahrzehnten zugenommen, und plötzlich stand das ungarische Strafrecht vor neuen, bisher unbekannten kriminalistischen Problemen. So eine neue Erscheinung ist auch das Delikt der Geldwäsche.

Der Systemwechsel kam auch für das ungarische Strafrecht ein bißchen unerwartet. Die Praxis der Gesetzgebung und der Rechtsanwendung der wirtschaftlichen Straftaten war Anfang der 90er Jahre als ruhiges, laues, stehendes Wasser zu charakterisieren. Die Subjekte der Wirtschaft haben sich jedoch geändert, die Tatverhalten haben sich umgestaltet, und vor allem hat sich der gefährdete Interessenkreis der wirtschaftlichen Straftaten geändert.

Diese relativ schnell ablaufende Entwicklung hat im Strafrecht die Streichung zahlreicher überholter Sachverhalte unerläßlich gemacht. Daneben ist als wesentlicher Gesetzgebungsverlauf zu bewerten, daß die im Hintergrund der strafrechtlichen Normen stehenden wichtigeren wirtschaftlichen Rechtsnormen (z.B.: das Gesellschaftsrecht, das Konkursgesetz, das Geldinstitutsgesetz, das Buchführungsgesetz oder die neuen Rechtsnormen über den Konsumentenschutz und über die Devisen (Wertpapiere, Zoll) festgelegt und angenommen wurden.

Während weniger Jahre verdoppelte sich die Zahl der unter Kapitel XVII gehörenden Straftaten. Die vier wichtigsten Novellen, die das Kapitel XVII umformuliert haben, sind:

1. Das Gesetz XVII von 1993
2. Das Gesetz IX von 1994
3. Das Gesetz LII von 1996
4. Das Gesetz LXXIII von 1997

Das geltende Gesetz zählt die wirtschaftlichen Straftaten unter dem Kapitel XVII in 4 Titeln auf:

- I. Straftaten gegen die wirtschaftlichen Verpflichtungen und gegen die Ordnung der Wirtschaft
- II. Titel: Geld- und Markenfälschung
- III. Titel: Finanzielle Straftaten
- IV. Verschiedene Anordnungen

Die ungarischen Gesetzgeber haben sich durch die politischen und wirtschaftlichen Änderungen 1994 entschlossen, die Geldwäsche zu bekämpfen. Der § 23 des Gesetzes IX von 1994 hat statt des §303 des StGB-H - der Gefährdung der öffentlichen Versorgung - einen neuen Sachverhaltstext mit dem Titel „Geldwäsche“ bestimmt. Die Geldwäsche gehört zum Titel I.

Mit dem Einfügen der Geldwäsche ins ungarische Strafrechtsgesetzbuch hat Ungarn seine internationale Verpflichtung erfüllt, da Ungarn der europäischen Konvention über die Vorbeugung und die Bekämpfung der Geldwäsche beigetreten ist. Die wichtigsten Hintergrundnormen der Straftat sind das Gesetz XXIV von 1994 über die Vorbeugung hinsichtlich der Geldwäsche und die Regierungsverordnung 74/1994 (10.05) über die Vollziehung des Gesetzes.

In Ungarn werden die Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche aufgrund des zukünftigen Beitritts in die Europäische Union (EU) an das EU-Recht angepaßt. So muß in der Zukunft auch die EG-Geldwäscherichtlinie in ungarisches Recht umgesetzt werden.

Der Titel und der Text der Straftat wurden mit dem § 23 des Gesetzes Nr. IX von 1994 als Tatbestand der Geldwäsche in das ungarische Strafgesetzbuch (StGB-H) – anstatt der Straftat der Gefährdung der Versorgung – zum 15. Mai 1994 integriert. Später wurde es mit § 45 des Gesetzes Nr. LXXII zum 15. September 1997 ergänzt bzw. geändert. Absatz 3 a) wurde dadurch durch das Tatverhalten als Mitglied einer kriminellen Organisation ergänzt.

Der Begriff der Geldwäsche bedeutet die Tätigkeit, die die Identität des illegal erworbenen Geldes verändert und als aus legaler Quelle stammendes Geld erscheinen läßt.

Es gibt 3 Phasen: die Anlegung, die Verbergung und das Integrieren. Das Bargeld sichert Anonymität bei zahlreichen Formen der organisierten Kriminalität zu, es ist insbesondere gewöhnliches Zwischenmittel des Rauschgifthandels, des Waffenhandels und des Terrorismus. Die Erklärung der Geldwäsche zum Verbrechen wird auch durch internationale Verpflichtungen im Hinblick auf die aus Mißbrauch von Rauschgiften stammenden materiellen Güter begründet. (Die Straßburger Empfehlung 1980, die Wiener Konvention 1988, das Abkommen des Europarates 1990, die Richtlinien des Europarates 1991)

In **Teil E** der Arbeit wird versucht, zukunftsorientiert, die Geldwäschebekämpfung im Rahmen einer effektiven Kriminalpolitik zu sehen. Während Leitbild der klassischen Zurechnungstheorien im Strafrecht das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit des Individuums war, ist das moderne Strafrecht folgenorientiert und zunehmend den Zielen einer effektiven Kriminalpolitik verschrieben. Dieser Funktionswandel erfordert zwangsläufig eine Anpassung der Zurechnungsstrukturen, deren ursprünglich begrenzender Zuschnitt auf individuell-singuläre, retrospektive und tatschuldorientiert Verantwortungszuschreibung unter sozial-ethischen Gesichtspunkten unter der vorrangigen Prämisse kriminalpolitischer Effizienz zu eng ist. Die Konzeption der Geldwäschebekämpfung geht davon aus, daß das Bedrohungspotential durch das Phänomen Geldwäsche weniger aus der Gefährlichkeit einzelner Taten resultiert, als vielmehr aus kumulativen, systemischen Effekten wie Unterwanderung der Wirtschaft, so daß sich die Notwendigkeit einer eigenständigen Kriminalisierung vornehmlich aus Beweis-



und Ermittlungsproblemen ableitet. Mit dem Straftatbestand des § 261 im deutschen StGB – und den entsprechenden Vorschriften in den anderen nationalen Gesetzgebungen – soll letztlich ein grundlegender Wandel beim Umgang mit Vermögenswerten erreicht werden. Das bisherige Prinzip des „pecunia non olet“ soll fortan nicht mehr gelten. Statt dessen ist nunmehr generell Vorsicht im Wirtschaftsverkehr geboten. Die prinzipielle Notwendigkeit eines rechtlichen Steuerungsmechanismus zur Bekämpfung der Geldwäsche ist sicherlich weithin konsensfähig. Eine marktwirtschaftliche Selbstregulation der Geldwäschebekämpfung ist ausgeschlossen. Dies liegt auf der Hand. Die Frage kann daher nur lauten, welche rechtlichen Regelungen hier eine sachgerechte Gegensteuerung erlauben und ob das Strafrecht in diesem Zusammenhang eingesetzt werden sollte. Eine neuere klassisch-liberal orientierte Schulrichtung will die gewünschte Steuerung anderen Rechtsbereichen, insbesondere dem Zivil- und Verwaltungsrecht überantworten. Wie aber die enge Anbindung des Geldwäschegesetzes zu § 261 StGB gezeigt hat, sucht auch das Zivil- und Verwaltungsrecht nach verbindlichen Orientierungshilfen, die es aus sich selbst heraus nicht mit hinreichender Präzision zu erbringen vermag. Als zweiter Lösungsansatz kommt in Betracht, die Zurechnungsstrukturen konsequent den modernen Erfordernissen anzupassen. Das ist der Weg, der heute überwiegend befürwortet und vom Gesetzgeber beschritten wird. Ein dritter Weg zwischen den geschilderten Positionen könnte darin liegen, nach einem grundsätzlich neuen Sanktionsmodell zu suchen, das sich von der Individualperspektive löst und in seiner Grundstruktur auf die Steuerung von kollektiven Systemen zugeschnitten ist. Für den Bereich der Geldwäschebekämpfung im Bankenbereich heißt das, daß der primäre Blickwinkel auf die Sanktionierung des Instituts und nicht auf die des Bankangestellten gerichtet sein muß. Der Geldwäschetatbestand könnte so auf die Erfassung individueller Unrechtsspitzen reduziert werden. Die tatsächliche Entwicklung scheint jedoch eher in Richtung auf einen weiteren Ausbau der herkömmlichen strafrechtlichen Schiene hinzudeuten. Die vielfach erhobene Forderung nach einer Beweislastumkehr deutet daraufhin, daß offensichtlich die materiell-rechtlichen Möglichkeiten ausgereizt sind und der die aktuelle Kriminalpolitik beherrschende Effizienzgedanke selbst vor dem traditionell als unverrückbar geltenden Prinzip des „in dubio pro reo“ nicht haltmacht.

## **C. Wissenschaftlicher Beitrag der Arbeit**

Der Geldwäscherei gehen alle möglichen Straftaten voraus, und ebenso ermöglicht sie die Begehung neuer Straftaten. Damit ist sie Folge und Voraussetzung Organisierter Kriminalität, beschränkt sich allerdings nicht auf diese, sondern bedient sich des gesamten legalen Wirtschaftslebens.

Besonderes Gewicht hat das Problem der Geldwäscherei mit dem bedrohlichen Anwachsen des organisierten Verbrechens und der Expansion des Drogenhandels erlangt. Schon 1988 berichtete das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel", der Erlös aus diesem Geschäft habe in den USA derartige Ausmaße angenommen, daß die Geldscheine von den Mitgliedern des organisierten Verbrechens nicht mehr gezählt, sondern nur noch gewogen werden könnten.<sup>1</sup> Der weltweite Rauschgiftumsatz im Bereich der Organisierten Kriminalität wird von den Vereinten Nationen mit schätzungsweise 500 Milliarden US-Dollar beziffert und wird nur noch vom Umsatz des Waffenhandels übertroffen. Allein in der Bundesrepublik werden nach Schätzungen des Bundeskriminalamts aus dem illegalen Rauschgifthandel jährlich zwei bis vier Milliarden DM gewaschen.

Aufgrund der Formen der Geldwäsche können Gelder krimineller Herkunft relativ ungestört in das Wirtschafts- und Finanzsystem eingeschleust werden und sich verhängnisvoll für Staat und Gesellschaft auswirken. Kriminelle Profite schaffen Kapital zur Festigung und Ausweitung der Macht und des Einflusses mit den daraus resultierenden Abhängigkeiten. Die vermehrte Entwicklung von Überschneidungsbereichen zwischen Illegalität und Legalität führt zu enormen Verschiebungen des Kapitalbestandes in der Volkswirtschaft und könnte das organisierte Verbrechen zu einem der dominierenden Schubkräfte unserer Gesellschaft werden lassen. Die immensen Profite stellen aber nicht nur ein solides Geschäftspotential dar, sondern werden auch zur Korruption aufgewendet und stören damit erheblich das freie Kräftespiel der Marktwirtschaft. Die Unterwanderung des Wirtschaftssystems durch die Organisierte Kriminalität führt nicht nur zu erheblichen finanziellen Einbußen der Wirtschaftsunternehmen, sondern verringert auch das Vertrauen in die Wirtschaft, führt zur Verwilderung der Geschäftsmoral und hat zur Folge, daß

die materielle Komponente des wirtschaftlichen Wertgefüges immer übermächtiger wird.

Auch im Bereich der Politik, Verwaltung und Justiz übt das organisierte Verbrechen durch Mittel wie Korruption und Infiltration permanenten Einfluß aus. Mit diesen Mitteln, die den Einsatz hoher Kapitalbeträge erfordern, erschließt sich das organisierte Verbrechen wichtige Informationsquellen, die für seine Geschäfte unverzichtbar geworden sind. Das hat zur Folge, daß es sich äußeren Einflüssen gegenüber als weitgehend resistent erweist. Indem Kriminelle Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern erschließen, werden günstigere persönliche und geschäftliche Positionen bei politischen Entscheidungen und die indirekte Steuerung der den Entscheidungsträgern nachgeordneten Behörden angestrebt. Darüber hinaus dienen diese Kontakte dem Machtstreben und der Selbstdarstellung der Einflußnehmenden. Die Kombination von persönlichen Kontakten und Kapital ebnet dem organisierten Verbrecher aber auch den "Rückweg" in ein bürgerliches Leben. Ähnliche Motive liegen der Einflußnahme auf die öffentliche Verwaltung zugrunde. Kontakte des organisierten Verbrechens sind mittlerweile in allen Verwaltungsbereichen und auf sämtlichen Hierarchieebenen zu bemerken.

Die Aktivitäten der Organisierten Kriminalität reflektieren auch die geistig-moralische und wirtschaftliche Verfassung der Gesellschaft, in der sie sich entwickelt hat. Mit ihr teilt sie den Wunsch nach Profitmaximierung unter den bestmöglichen Kosten-Nutzen-Relationen. Die Gewinnerzielung ist die Triebfeder der Organisierten Kriminalität. Hierin und vor allem durch die Wahl krimineller Mittel unterscheidet sie sich von bürgerlichen Gesellschaften. In Anspruch und Praxis ist sie nur dem kalkulatorischen Ideal verpflichtet und verkörpert die Radikalisierung wirtschaftlicher Optimierungsverfahren, so daß man moralisierend von einer Perversion des ökonomischen Prinzips sprechen könnte. Die Organisierte Kriminalität verfolgt ihre Ziele naturgemäß mit kriminellen Mitteln und mit entsprechend hoher Energie, kann dabei aber einen Punkt erreichen, an dem sie Opfer ihres eigenen Erfolges wird und in nahezu paradoxer Weise der Verführungskraft bürgerlicher Leitmotive und Lebensformen erliegt. Wie es etwa in Kolumbien zu beobachten ist, bemüht sich die Organisierte Kriminalität aber auch um eine Umgestaltung der

Gesellschaft im Sinne der in ihrem Binnenmilieu bewährten Vorbilder, was im Erfolgsfall das Ende des Rechtsstaates bedeuten würde.

Mit der Arbeit wurde aufgezeigt, daß das Problem der Geldwäsche im nationalen als auch internationalen Bereich immer schon vorhanden war. Aufgrund des politischen und wirtschaftlichen Zusammenwachsens Welt, insbesondere Europas hat sich das Problem der Geldwäsche noch mehr verstärkt. Es war nötig, einmal die grundsätzlichen tatsächlichen und juristischen Probleme aufzuzeigen, die durch die Geldwäscherei entstehen und gleichzeitig die bereits bestehenden juristischen Möglichkeiten, um die Geldwäsche zu verhindern und zu sanktionieren. Aufgrund der Komplexität der Problematik mußte sich die Ausarbeitung damit begnügen, daß juristisch exakt erstmals herausgearbeitet wurde, wie die internationalen Vorgaben in die Deutsche Gesetzgebung eingearbeitet worden sind. Ferner, wie die internationalen Vorgaben in die Gesetzgebung von zwei Nachbarländern (Österreich und Luxemburg) der Bundesrepublik Deutschland Berücksichtigung gefunden haben, die – wie auch die Bundesrepublik Deutschland – zudem auch noch der Europäischen Gemeinschaft angehören. Eine juristische Darstellung und Untersuchung der Gesetzgebung der Schweiz bezüglich der Geldwäsche durfte in dieser Arbeit nicht fehlen, da die Schweiz als klassisches Land für die Durchführung der Geldwäsche gilt und zudem hier noch die Besonderheit besteht, daß die Schweiz nicht der europäischen Gemeinschaft angehört und sich so weitere Unterschiede ergeben könnten. Ferner wurde erstmals durch die Arbeit herausgearbeitet, wie sich beispielsweise ein Land, das noch nicht der europäischen Gemeinschaft angehört und zudem sich noch das Staatssystem änderte, indem es von dem System der Volksrepublik zur bürgerlichen demokratischen Republik wechselte (Ungarn). Es ist zu wünschen, daß die Arbeit die komplexe Problematik der Geldwäsche durchsichtiger gemacht hat und ein entscheidender Beitrag dazu geleistet werden konnte, die Geldwäsche einzudämmen.